



Beschluss des Landesparteiirates vom 13. Februar 2010

### **Rettungsschirm für Kommunen auf den Weg bringen!**

Die Städte, Gemeinden und Landkreise in Niedersachsen stehen zurzeit vor erheblichen Herausforderungen an ihre finanzielle Leistungsfähigkeit. Die kommunale Selbstverwaltung ist gefährdet. Vielen Kommunen in unserem Bundesland droht die Handlungsunfähigkeit und der finanzpolitische Kollaps. Die allermeisten Kommunen können mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr decken. Es droht die Entlassung von Personal, die Streichung elementarer Dienstleistungen und die Erhöhung der Gebühren für Kindergärten sowie Kultur- und Sporteinrichtungen.

Als Folge der derzeitigen Wirtschaftskrise, von Steuersenkungen sowie von ständig steigenden Ausgaben für Sozialleistungen, droht in Niedersachsen in diesem Jahr ein Minus von rund 900 Millionen Euro in den kommunalen Kassen. Allein durch Einsparmaßnahmen vor Ort sind die massiven Finanzprobleme der kommunalen Gebietskörperschaften nicht mehr in den Griff zu bekommen. Die zur Verfügung stehenden Alternativen der Erhöhung von Gebühren oder der Streichung von Angeboten der kommunalen Daseinsvorsorge lösen weder das Problem, noch entsprechen sie dem sozialdemokratischen Verständnis von Kommunalpolitik. Wir bekennen uns ausdrücklich zu einer starken kommunalen Selbstverwaltung und einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Städte, Gemeinden und Landkreise.

Landes- und Bundesregierung stehen in der Pflicht, ihrer Verantwortung für das kommunale Gemeinwesen gerecht zu werden. Die SPD in Niedersachsen begrüßt daher die Forderung der Bundespartei nach einem Rettungsschirm für Kommunen. Wir fordern

- eine vollständige Kompensation für die durch das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstandenen Einnahmeausfälle auf der kommunalen Ebene.
- CDU/FDP in Niedersachsen auf, die Steuerverbundquote auf 16,05% anzuheben (rund 100 Mio. Euro jährlich mehr für die Kommunen)
- eine Erhöhung der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft auf aktuell 35,4%. Dies würde die nds. Kommunen um rund 150 Mio. Euro entlasten.
- alle weiteren Maßnahmen und Vorhaben, die zu einer weiteren Belastung der Kommunen führen würden, unverzüglich zu unterlassen.
- den Erhalt der Gewerbesteuer als wichtigster originärer Einnahmequelle der kommunalen Gebietskörperschaften.